

## AS-Akademie: Exkursion nach Brüssel

Im Rahmen des 5. Studienganges der Akademie für freiberufliche Selbstverwaltung und Praxismanagement stand im vierten Semester unter anderem der Besuch des Europäischen Parlaments in Brüssel auf der Tagesordnung

**A**ufgrund der gerade abgeschlossenen Europawahl bestand ein sehr aktueller Bezug der Exkursion zur Tagespolitik.

Die Europäische Union (EU) ist ein aus 27 europäischen Staaten bestehender Staatenverbund. Die Bevölkerung in den Ländern der EU umfasst derzeit rund eine halbe Milliarde Einwohner. Gemeinsam erwirtschaften die Mitgliedstaaten im Europäischen Binnenmarkt das größte Bruttoinlandsprodukt der Welt. Eine im Sinne der klassischen Gewaltenteilungslehre klare Zuordnung einzelner Institutionen zu Legislative, Exekutive und Judikative ist in der EU nur bedingt verwirklicht. Zwar zeigt sie in den meisten Politikbereichen typische Züge eines föderalen Systems, mit der Kommission als Exekutive und einer zweiseitigen Legislative, bestehend aus dem Europäischen Parlament und dem Rat, im Vergleich mit nationalstaatlichen Gepflogenheiten gibt es jedoch einige Besonderheiten. So werden beispielsweise die Kom-

missionsmitglieder nicht vom Europäischen Parlament gewählt, sondern von den Regierungen der Mitgliedstaaten ernannt. Die Postenverteilung erfolgt nach einem komplexen Punktesystem.

In Brüssel wurden die Teilnehmer der Akademie vom Leiter der Europavertretung der BZÄK und des Council of European Dentists, RA Florian Lemor – designierter Hauptgeschäftsführer der BZÄK – begrüßt. Lemor begleitete die Exkursionsteilnehmer über drei Tagen. In der Einführung hielt er einen Vortrag mit dem Thema: »Was ist gutes Lobbying? – Mechanismen der Interessenvertretung der Heilberufe in Brüssel«. Bemerkenswert ist, dass Lobbyisten in Brüssel ein fester gewollter Bestandteil des Systems sind und nicht als negativ betrachtet werden, wie es in Deutschland oft geschieht. Im Gegenteil, Sachverstand und die Detailkenntnisse der betroffenen Lobbyisten sind oft unverzichtbar.

Anschließend sprach Madeleine Schavoir – Vertretung der ABV-Brüssel (Arbeitsgemeinschaft der Berufsständigen Versorgungseinrichtungen) zum Thema »Auswirkungen des EU-Binnenmarktes auf die Freien Berufe«.

Von der Parlamentarischen Assistentin des MdEP Dr. Andreas Schwab, Julia Sauer, wurden die Teilnehmer auf den Besuch des Europäischen Parlaments vorbereitet.

Der Besuch des Europäischen Parlaments einschließlich des Plenarsaals des Parlaments stellte ein Highlight der Exkursion dar. Vedrana Miljak, Parlamentarische Assistentin von Dr. Angelika Niebler, MdEP, empfing die Gruppe



Oben: Dr. Stefan Liepe, Florian Lemor. (Leiter der Europavertretung der BZÄK), Dr. Reinhard Urbach (v.l.).  
Mitte: Plenarsaal des EU-Parlaments.  
Unten: EU Kommission in Brüssel

anschließend in den Büroräumen der Abgeordneten und ermöglichte so einen Einblick in die Arbeit der Abgeordneten.

Die Akademie-Teilnehmer durften feststellen, dass die parlamentarische Arbeit in Brüssel in weiten Teilen anders funktioniert als in Berlin oder Hannover. Vieles ist überschaubarer und die »Brüsseler Bürokratie« stellt sich anders dar, als sie vielfach von uns wahrgenommen wird. Bemerkenswert ist, dass es den sonst bekannten Fraktionszwang so nicht gibt und man mehr von »Fachpolitik« als von »Partei politik« spricht und auch entsprechend handelt.

Der Freitag klang mit dem Besuch bei der Saarländischen Vertretung – eine der ersten Landesvertretungen, die es bei der EU gab – aus. Es wurde mit dem Leiter der Vertretung, Stefan Pfeiler, und mit Vera Fairbrother, Referentin für Gesundheit in der Vertretung des Saarlandes bei der EU, über das Thema »Übersicht über aktuelle Maßnahmen im Bereich Gesundheit: Grünbuch Workforce, Richtlinie Patientenrechte, Mitteilung Patientensicherheit, Mitteilung Telematik« diskutiert.

Renate Lürssen, Referentin für Arbeit, Soziales und Gesundheit in der Vertretung des Landes Bremen bei der EU sprach über das Thema: »Gesundheitsdienstleistungen zwischen EU-Binnenmarktgesetzgebung und Gemeinwohl: Auswirkungen der Gemeinschaftspolitik auf die nationalen Gesundheitssysteme«.

Abschließend stellten die Teilnehmer fest, dass die Arbeit in Brüssel »anders« funktioniert als in der eigenen Republik, Lobbyarbeit einen anderen Stellenwert als in Berlin hat und der Focus in der Landespolitik immer mehr auf Europa gerichtet werden muss.

Dr. Stefan Liepe,  
Dr. Reinhard Urbach ●

